



SOCIAL DESIGN FÜR GRAZ

Wie Social Design Projekte gelingen können.

Zum Auftakt einer mehrteiligen Social Design Veranstaltungsreihe lädt die City of Design Koordination der Stadt Graz zu einer Diskussion mit Politiker:innen, Fachleuten und Bürger:innen auf die Grazer Murinsel. Gemeinsam mit Bürgermeisterin Elke Kahr diskutierten Vertreter:innen von Stadtteilinitiativen und Entwickler:innen von Social Design Projekten über Erfahrungen mit ihren Projekten und wie diese zahlreich vorhandenen guten Ideen und Konzepte in der Stadt weiterverbreitet werden können.

Wolfgang Skerget, Leiter des City of Design Koordinationsbüros der Stadt Graz, unterstrich, welche Bedeutung Social Design Projekte für eine Stadt haben können und wie Graz dabei vom Austausch innerhalb des UNESCO Creative City Netzwerkes profitieren kann. „Das Netzwerk ist gegründet worden, um eine gerechte und nachhaltige Stadtentwicklung mit dem Treibmittel der Kreativität zu fördern. Da geht es nicht um Behübschungen, sondern um Verbesserungen des Zusammenlebens“, betont Skerget.

Dass oft banal und nebensächlich wirkende Aspekte Einfluss darauf nehmen, wie Menschen in einer Stadt den öffentlichen Raum auch als Sozialraum nutzen können, machte die Designerin Sigrid Bürstmayr von der Fachhochschule Joanneum anhand einiger einfacher Beispiele deutlich: „Da geht es um Barrierefreiheit: Nicht nur baulich. Damit man z.B. mit Kinderwägen überall hinkommt, oder dass man auf Parkbänken auch liegen kann und nicht von den Armlehnen gestört wird. Oder Parkbänke, die nicht im Sommer heiß und im Winter kalt werden.“

Bürstmayr sieht Designer:innen in einer besonderen sozialen Verantwortung und verweist dabei auf den österreichisch-amerikanischen Designer Viktor Papanek, der schon in den 70er-Jahren ein Plädoyer dafür gehalten hat, dass man nur Dinge entwickeln soll, die den Menschen unterstützen. „Damals wurde er dafür belächelt“, sagt Bürstmayr, „heute ist er ein Star.“

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, mit welchen unterstützenden Maßnahmen in Städten durch klug gestaltete „designte“ Prozesse und strukturelle Rahmenbedingungen Partizipation und Teilhabe der Bevölkerung als zentraler Bestandteil des Zusammenlebens gefördert werden kann.

Traditionelle Verfahren der partizipativen Kommunalentwicklung mit Workshops erreichen oft nicht alle Bevölkerungsschichten und verpuffen in ihrer nachhaltigen Wirkung oft rasch.

Der Soziologe Rainer Rosegger hob in diesem Kontext insbesondere die Potenziale partizipativer Kulturprojekte hervor: „Für mich waren da die ersten Jahre Lendwirbel eigentlich eine große Lernerfahrung, um mit Mitteln von Kunst und Kultur zu versuchen, Partizipation und Kommunikation anzustoßen. Wichtig – auch bei partizipativen Kulturprojekten – ist, im Voraus abzusichern, dass bestimmte Ergebnisse auch in die Umsetzung übergeführt werden. Man kann sicher nicht alles realisieren. Das muss man auch im Voraus klar kommunizieren.“

Ursula Hauszer, die im Friedensbüro Graz unter anderem für die mobile Stadtteilarbeit zuständig ist, unterstrich, dass partizipative Prozesse, in die man möglichst viele Bevölkerungsgruppen einbinden will, Zeit brauchen: „Es dauert, bis Menschen in Beziehung miteinander und auch mit uns treten. Und es ist wichtig, dass die Menschen das Gefühl bekommen, selbstwirksam zu sein und die Erfahrung machen können, dass es Sinn macht, wenn man sich beteiligt.“

Eine zentrale Rolle bei der partizipativen Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes in Städten kommt den Hausverwaltungen und den großen Wohnbauträgern und Wohnbaugenossenschaften zu. Die rechtlichen, infrastrukturellen und sozialen Rahmenbedingungen in den großen Wohnanlagen der Städte bestimmen die sozialen Rahmenbedingungen nicht nur im Wohnhaus selbst, sondern wirken sich auf das ganze Stadtviertel aus.

Der Geschäftsführer der ENW Wohnungsgenossenschaft Alexander Daum, dessen gemeinnützige Wohnbaugenossenschaftsgruppe mehr als 50.000 Wohnungen in der Steiermark verwaltet, plädiert in diesem Zusammenhang für eine vertieftere Kooperation zwischen den Verwaltern von Wohnanlagen und den Kommunen. Insbesondere wenn es um Fragen der sozialen Integration geht: „Es ist kein Thema, das eine Institution allein stemmt. Es wird in irgendeiner Form eine Art Public-Private-Partnership brauchen, die von den Einrichtungen geteilt getragen werden muss“, ist Daum überzeugt. „Ich denke, das Zusammenleben in den Wohnanlagen ist nur ein Vorzeichen für die Integration“, sagt Daum und warnt vor den vorhersehbaren ökonomischen Problemen, die auf viele Haushalte zukommen: „Ich muss auch warnen vor der wirtschaftlichen Situation, in der sich in den kommenden Jahren viele Bürger:innen und Bewohner:innen befinden werden. Die Sorgen der Bewohner:innen steigen massiv.“

Die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr unterstrich vor dem Hintergrund dieser vorhersehbaren Probleme vor allem die Bedeutung der Solidarität in den jeweiligen Nachbarschaften: „Wenn wir heute von Gemeinschaft und Nachbarschaften reden, dann ist es oft so, dass gerade in jenen Gebieten, die wenig Ressourcen haben, Nachbarschaft und Gemeinschaft oft mehr gepflegt wird, als woanders. Gemeinschaft heißt letztendlich: Für andere da sein. Immer alle mitzudenken. Das ist ganz wichtig. Wir sind eine Stadt, in der über 150 Nationen leben. Und wir müssen, wenn wir von

Beteiligung sprechen, wenn wir von den Menschen in den Wohnhausanlagen sprechen, immer von allen sprechen. Da darf uns niemand wichtiger oder unwichtiger sein“, sagt Kahr.

Kahr hebt vor allem die leichte Zugänglichkeit der Leistungen einer Kommune für alle Bevölkerungsschichten hervor: „Deshalb ist es für uns auch wichtig – und da sind wir uns in der Koalition einig –, dass wir alle Sozialangebote so niederschwellig wie möglich machen und dabei niemanden auszuschließen. Diesen niederschweligen Zugang müssen wir auch in den Amtshäusern schaffen. Mit Front Office Bereichen, wo jemandem, egal mit welchem Anliegen er kommt, ob wohnungslos, ein Pflegegeldantrag zu stellen ist, sofort freundlich und kompetent weitergeholfen wird und niemand weggewiesen und im Kreis geschickt wird. Dafür brauchen wir die geeignete Infrastruktur“, unterstreicht Kahr.

Während die Schaffung der geeigneten Kommunikations- und Zugänglichkeitsstrukturen der Angebote einer Kommune eine Aufgabe der Stadt selbst ist, verlangt die Entwicklung partizipativer Strukturen der Stadtteilarbeit ein Zusammenwirken mehrerer Leistungsträger:innen.

Grätzlinitiativen und Stadtteilarbeit generell braucht geeignete Räume. Das sieht auch die Bürgermeisterin so: „Günstige Raumressourcen sind generell für viele engagierte Personen und Vereine eine der größten Herausforderungen. Deshalb haben wir überall, wo wir im Rahmen des Wohnungsamtes Möglichkeiten haben, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, diese auch angeboten. Wir überlegen, wo keine Räumlichkeiten vorhanden sind, Parterrewohnungen, die Gemeindewohnungen sind, frei zu machen und als Gemeinschaftsräume anzubieten.“

Aber Gemeinschaftsräume allein schaffen per se noch keine partizipativen Kooperationsstrukturen, unterstreicht Ursula Hauszer: „Man müsste nicht nur Räume mitdenken, man braucht auch eine kontinuierliche Betreuung und Begleitung. Also Personen, die das, was in diesen Räumen passieren kann, begleiten. Ehrenamtliche Arbeit braucht Begleitung. Neue Ideen, die auf den Tisch kommen, brauchen Begleitung. Gerade in Grätzln, in denen es viel Bewegung gibt und sich die Bewohner:innen nicht kennen, braucht man noch mehr stabile Ansprechpersonen“, unterstreicht Hauszer die Bedeutung und Rolle personell ausreichend ausgestatteter Strukturen für die Stadtteilarbeit.

Rainer Rosegger verweist darauf, dass Stadtviertel einer laufenden sozialen Veränderung unterliegen. Dem muss auch in den Steuerungsformen der Stadtteilentwicklung Rechnung getragen werden: „Man sieht das im nördlichen Lend. Dieses Gebiet verändert sich extrem schnell. Es gibt viele Neubauten. Das passiert parzellenweise. Das muss man viel stärker als Quartiersentwicklung denken.“, sagt Rosegger. „Die Frage ist: Wie schafft man es dort, wohnanlagenübergreifend, generell Infrastrukturen bereit zu stellen, damit auch wirklich Quartiere entstehen. Wo auch eine Nachbarschaft und Zusammenleben entsteht. Da braucht es auch neue Verfahren. Nicht nur

Architekturwettbewerbe, wie im geförderten Wohnbau. Es braucht interdisziplinäre Verfahren, wo auch die Personen aus der Sozialen Arbeit in den Konzeptverfahren und Teams dabei sind. Wie beispielsweise in Wien im Sonnenviertel. Wo auch Quartiershäuser entwickelt werden, man mit einem Konzept hineingeht und auch Diversität im Stadtteil geschaffen wird.“

Denn wenn Stadtviertel nur nach den geltenden rechtlichen Bestimmungen der Baugesetze, Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung parzellenweise immer dichter verbaut werden, bleiben für viele soziale Gruppen keine „Freiräume“ mehr übrig, in denen sie sich begegnen und auch entfalten können.

„Es geht zum Beispiel für Jugendliche um Räume, die sie sich konsumfrei aneignen können. Einfach ein „Platzl“ zu finden, damit sie nicht von einem Ort zum anderen ziehen müssen“, unterstreicht die Bürgermeisterin. In vielen Stadtteilen fehlt es vor allem auch an Rückzugsorten und „G’stättn“ für Kinder, in denen sie sich aufhalten können.

Der Leiter der Abteilung für Grünraum und Gewässer der Stadt Graz, Robert Wiener, plädierte in der Diskussion in diesem Zusammenhang dafür, Freiräume einer Stadt in Zukunft auch anders zu denken und zu planen: „Die Räume, die wir heute haben, Parks, Spiel- und Sportplätze sind nicht mehr die Ermöglichungsräume, die wir uns heute vielleicht vorstellen, wo man Dinge einfach zulässt. Wenn sie funktionieren, ist es gut. Und wenn sie nicht funktionieren, denkt man eben um und überlässt es neuen Nutzer:innen. Das ist das, was wir eigentlich wollen“, sagt Wiener und verweist dabei auf Beispiele aus Berlin. „Wenn man auf das Tempelhofer-Feld in Berlin schaut: Diese Fläche überlässt die Stadt den Menschen als Ermöglichungsraum. Ich werbe dafür, dass auch bei uns die Stadt Flächen ankauft oder ausweist, die den Menschen ebenfalls zur freien Nutzung ohne bestimmten Zweck überlassen werden. Solche Strukturen brauchen wir“, plädiert Wiener für einen neuen Umgang mit Freiflächen auch in Graz.

Dem stimmt auch Bürgermeisterin Elke Kahr zu: „Es braucht nicht alles totgestaltet sein. Sondern mehr G’stättn. Wir brauchen Vorbehaltsflächen für G’stättn. So wie wir das auch für die Gemeindewohnungen gemacht haben.“

Mit der freien Nutzbarmachung öffentlichen Raumes und öffentlichen Gutes sind aber auch komplexe rechtliche und sozialpolitische Fragen verknüpft. Robert Wiener weist in diesem Zusammenhang auf offene Haftungsfragen hin: „Wenn wir jemandem eine Baumscheibe überantworten. Und das funktioniert eine Woche. In der nächsten schon relativ schlecht und in der dritten gar nicht mehr, weil die Menschen das Interesse verloren haben und dann stürzt vielleicht eine 85-jährige Frau in der dritten Woche, dann muss in unserer Gesellschaft immer wer schuld sein.“

Und wer ist schuld? Der Verein oder die private Person haben sich da schon längst verabschiedet. Also braucht es sinnvolle Ermöglichungsräume, wo man das zulassen kann.“

Der Geschäftsführer der ENW Wohnbaugruppe plädiert in diesem Zusammenhang für mehr Bereitschaft zur Deregulierung: „Wir brauchen mehr Mut zur Lücke. Ich bin selbst Jurist. Und ich glaube, wir sind überreglementiert. Wenn wir nach Budapest oder Lissabon schauen: Dort funktionieren Zwischennutzungen, von denen wir bei uns sagen würden, das wird nie funktionieren. Das ist nicht bewilligungsfähig. Weil der Fluchtweg oder das WC fehlt. Trotzdem funktioniert es dort. Und auch dort sterben die Leute interessanterweise dann nicht. Wir brauchen diesen Mut, die Angst der Verwaltung aufzubrechen. Es ist verständlich: Keiner will in eine Haftung kommen. Ich auch nicht. Aber trotzdem müssen wir ein System finden, dass wir uns nicht überreglementieren und dass nicht wegen dieser Überreglementierung einfach ganz, ganz wenig funktioniert.“

Viele von der Zivilbevölkerung getragene ehrenamtliche Gemeinschaftsinitiativen stehen mit ihren Projekten durch die Überregulierung oft sehr rasch vor für sie unbewältigbaren Herausforderungen.

Eine Gruppe wie der Verein Traumwerk, der am Grazer Lendkai eine gemeinnützige offene Werkstatt betreibt, findet sich dann rasch in einem rechtlich komplexen Dickicht von Betriebsstättenbewilligungsfragen etc. wieder, für die solchen Initiativen die Kapazitäten und das Know-how fehlen, um die damit verbundenen Fragen sicher zu lösen. Andreas Morianz von der Wirtschaftsabteilung der Stadt Graz, die nominell eigentlich für gewerbliche Betriebe zuständig ist, bietet solchen gemeinnützigen Initiativen in diesen Fragen Hilfe an: „Das ist eigentlich unsere tägliche Arbeit. Wir sind zwar die Wirtschaftsabteilung und unser Fokus ist auf der Wirtschaft. Aber die Probleme, die ihr als Gemeinnützige habt, sind deckungsgleich mit einem Unternehmen. Wir haben uns zum Credo gemacht: Short and simple. Wenn etwas geht, dann schauen wir, wie es geht. Und wenn es nicht geht, dann erklären wir auch, warum es nicht geht.“

Für Bürgermeisterin Elke Kahr ergibt sich als Resümee aus der Diskussion: „Wir müssen die Einrichtungen der Stadtteilarbeit wieder stärken. Emotional und finanziell. Und mit dem Ziel, dort, wo es die Ressourcen braucht, weitere zu errichten. Das braucht Zeit. Da braucht es viel Zusammenwirken und Zusammenstehen. Es hat viel mit Vorbildwirkung zu tun. Auch von der Stadt. Ich nehme heute für mich mit, abgesehen davon, dass wir mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen: Wir brauchen genügend „G'stätt'n“. Das war immer schon mein Wunsch. Das braucht es wirklich. Dieses ganze „zu Tode gestalten“, von dem halte ich nichts. Das ist auch nicht im Sinne der Kinder. Diese „Mikey Mouse“-Spielplätze, die es oft bei den Wohnhausanlagen gibt. Aber das ist ein eigenes Kapitel.“